

Big Brother heißt jetzt ELENA



Ein Kommentar
von Bernd Englmann-Stegner

Ist es Politik, hinter einem hübschen Namen einer schönen Frau etwas zu verstecken?

Ich würde sagen, Ja. Denn ELENA heißt »Elektronischer Einkommensnachweis« und betrifft 40.000.000 (40 Mio.) ArbeiterInnen und Angestellte in der Bundesrepublik. Von ihnen allen werden nun im Rahmen der Sozialversicherungsmeldung Namen, Geburtsdatum, Anschrift, Entgelte, Fehlzeiten sowie Abmahnungen und in den Freifeldern noch einiges mehr zentral gesammelt sowie zwangsläufig auch ausgewertet und benutzt.

Entstanden ist die Strategie der zentralen Überwachung aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in rot-grüner Regierungszeit. Sie wurde von der Kommission entwickelt, die vom Manager Peter Hartz geleitet wurde und die den Zweck hatte, die soziale Schere auseinanderklaffen zu lassen, indem sie Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt hat.

Doch genau wie bei den Kriegen im Ausland hat die große Koalition auch beim Sozialabbau in Verbindung mit dem Ausbau des Überwachungsstaats Kontinuität gewahrt. Sie hat nur den Namen von Job Card in ELENA geändert.

Diese objektiven Wahrheiten legen den Schluss nahe, dass der Staat, der die Unternehmerinteressen vertritt, gegen die Mehrheit der Bevölkerung die Messer wetzt. Daten sind Waffen, um gegen soziale Unruhen vorzugehen.



Foto: Robert Michel

Wenn also Sozialleistungen gekürzt und gleichzeitig Daten erfasst werden, so liegen die Strategien der Hartz-Kommission und ihrer Vollstrecker auf der Hand.

Doch auch wenn das Bundesgesetz bereits im Sommer 2008 vom Parlament verabschiedet wurde und seit Januar 2010 alle Daten zentral erfasst und verarbeitet werden, sollten wir das ELENA-Verfahren nicht einfach so

hinnehmen. Denn auch Bundesgesetze können grundgesetzwidrig sein und selbst wenn sie konform wären, können wir dafür sorgen, dass sie geändert werden.

Die Gewerkschaften erwägen, den Rechtsweg zu beschreiten, um das Orwell'sche Szenario zu stoppen. Was sie dazu benötigen, ist eure Unterstützung aus den Betrieben und von der Straße. Denn auch objektive Gerichtsentscheidungen unterliegen meistens dem politischen Opportunitätsprinzip.

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen,

- informiert euch noch über diesen Artikel hinaus über das ELENA-Verfahren, z. B. bei wikipedia.de (siehe auch die Hinweise unten; die Red.)
- diskutiert in euren Einrichtungen und Betrieben darüber!

■ eruiert, ob ihr als Betriebs- und Personräte dagegen vorgehen könnt!

■ macht ELENA auch auf der Straße, z. B. durch Transparente, zum öffentlichen Thema!

Das ELENA-Verfahren schadet uns allen und muss ohne Wenn und Aber weg! Und gebt nicht auf, für soziale Gerechtigkeit und gegen staatliche Repression vorzugehen. Denkt immer daran: »Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.«

Informationen und Materialien zu ELENA

- Internetseite der Betreiber der Verfassungsbeschwerde gegen ELENA: <http://www.foebud.org/>
- Umfangreiche Hintergrundinformationen: »ELENA – Bürokratieabbau oder elektronische Bürgerüberwachung?« <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4508>
- Große Auswahl an Artikeln zu ELENA: <http://www.labournet.de/diskussion/grundrechte/komm/ELENA.html>
- Individueller Muster-Antrag an Arbeitgeber zur monatlichen Übermittlung der im ELENA-Verfahren gemeldeten Daten: http://www.dgb-muenchen.de/download/2010/2010-03-23_ELENA_AN-Antrag_an_AG.pdf
- Vorschlag für den Antrag auf eine Betriebsvereinbarung zu ELENA: http://www.dgb-muenchen.de/download/2010/2010-03-23_ELENA_Vorschlag_einer_Betriebsvereinbarung.pdf
- Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie: »Das ELENA-Verfahren« <http://www.das-ELENA-verfahren.de/materialien-und-infos/offizielle-unterlagen/ELENA-broschuere-stand-november-2009>